



An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Luise Amtsberg
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dr. Markus Ederer
Staatssekretär des Auswärtigen Amts

Berlin, den **07. Feb. 2017**

Schriftliche Fragen für den Monat Januar 2017

Frage Nr. 1-252

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

Ihre Frage:

Welche Informationen hat die Bundesregierung über den dritten dokumentierten Todesfall eines Flüchtlings im sogenannten Hotspot Moria auf der griechischen Insel Lesbos (www.aljazeera.com) und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung zur Verbesserung der humanitären Bedingungen für Flüchtlinge im EU Hotspot?

beantworte ich wie folgt:

In den vergangenen zwei Wochen sind nach hier vorliegenden Erkenntnissen drei männliche Migranten (ein Ägypter, ein Syrer, ein Pakistaner) im Hotspot Moria auf der Insel Lesbos tot aufgefunden worden. In allen Fällen wurde eine rechtsmedizinische Untersuchung durch die griechischen Behörden angeordnet. Das Ergebnis der rechtsmedizinischen Untersuchung bleibt abzuwarten, eine Stellungnahme der griechischen Behörden zu den Todesfällen liegt derzeit nicht vor.

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten unterstützen Griechenland bei der Bewältigung der humanitären Herausforderung der Unterbringung und Versorgung von Migranten. In diesem Rahmen hat die Europäische Kommission unter anderem durch ein neu eingerichtetes EU-Instrument zur Notfallunterstützung allein 198 Millionen Euro zur Bewältigung der Flüchtlingssituation in Griechenland zugeteilt, von denen inzwischen 186 Millionen Euro durch Verträge mit Hilfsorganisationen gebunden sind (Stand: Dezember 2016).

Die Bereitstellung bilateraler deutscher Hilfe flankiert dabei die EU-Anstrengungen. Die Bundesregierung unterstützt seit Mitte 2015 humanitäre Hilfsmaßnahmen in Griechenland. Von Deutschland geförderte Hilfsorganisationen versorgen die Menschen seitdem mit Nahrung, Kleidung, Decken und Hygieneartikeln. Aktuelle Projekte von Hilfsorganisationen zur Winterhilfe werden seit dem vergangenen Herbst unterstützt. Auf Lesbos wurde unter anderem die Unterbringung besonders vulnerabler Gruppen in Hotelräumlichkeiten durch die Caritas gefördert. Zudem hat Deutschland die Arbeit des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) gefördert, das in Griechenland 20.000 neue Unterkunftsplätze für Flüchtlinge geschaffen hat. Insgesamt stehen in Griechenland laut UNHCR derzeit rund 64.300 Unterkunftsplätze zur Verfügung.

Die Bundesregierung hat im Jahr 2016 Mittel in Höhe von 10,4 Millionen Euro für humanitäre Hilfsmaßnahmen in Griechenland bereitgestellt. Das Auswärtige Amt wird die bilaterale humanitäre Hilfe 2017 weiterführen und an die Bedarfe der Hilfsorganisationen sowie die Hilfsmaßnahmen der EU anpassen. Eine Übersicht zu den umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen der EU hat die Europäische Kommission in einem Fact Sheet zusammengestellt, das unter folgendem Link abrufbar ist: https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/european-agenda-migration/backgroundinformation/20170126_factsheet_managing_refugee_crisis_eu_financial_support_greece_-_update_en.pdf.

Mit freundlichen Grüßen

